

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

das Entsetzen über die Geschehnisse in Japan ist nach wie vor präsent. Die Gefühle sind bei den dortigen Menschen in ihrem Leid. Im politischen Berlin dreht sich alles um die Konsequenzen für unsere künftige Energiepolitik, viele Besprechungsrunden finden zu dem Thema statt. Ich halte Merkels Entscheidung für richtig, nicht so weiter zu machen als wäre nichts geschehen. Nun gilt es Kurs zu halten beim schnelleren Ausstieg aus der Kernkraft mit einem Umstieg auf erneuerbare Energien.

Die Erfahrung von Japan muss zu einer Neubewertung bisher undenkbarer Restrisiken führen. Wenn dies im Zuge des Moratoriums für die Laufzeitverlängerung dazu führt, dass wir schneller aus der Kernenergie aussteigen und früher und schneller den Ausbau erneuerbarer Energien forcieren wollen, dann müssen wir auch die damit verbundenen Konsequenzen tragen. Das betrifft die Akzeptanz von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, aber vor allem auch den notwendigen Netzausbau, der insbesondere auf der 380-KV-Ebene nicht nur in der Erde versteckt werden kann. In dieser Hinsicht ist eine neue gesellschaftliche Diskussion und Verständigung über die Energieversorgung nötig. Eine falsche Konsequenz ist aber, nun wieder CCS forcieren zu wollen. Im Gegenteil: Japan lehrt uns, auch undenkbar Risiken einzubeziehen. Das gilt auch für die CO₂-Speicherung und deren ungeklärte Risiken. Hier haben wir mit dem Beschluss des Bundeskabinetts für eine wirksame Länderklausel den entscheidenden Durchbruch erzielt.

Neben Japan haben in den vergangenen Wochen die Umwälzungen in der arabischen Welt, insbesondere der gewalttätige Konflikt in Libyen, und die Zukunft des Euro mit den notwendigen Rettungs- und Stabilisierungsmechanismen die Diskussionen in der Bundestagsfraktion bestimmt, oft genug auch in strittigen Debatten. Alles große Herausforderungen, in denen es keine schnellen einfachen Antworten geben kann.

Dabei geht leider eine Botschaft zu oft verloren: Deutschlands Wirtschaft brummt nach wie vor, die Wachstumsprognosen werden wieder nach oben korrigiert, und die Arbeitslosigkeit sinkt auf niedrigste Werte seit der Wiedervereinigung. Gute Zeichen im Frühjahr, mit Optimismus ins weitere Jahr 2011 zu blicken!

Für die bevorstehende Osterzeit wünsche ich Ihnen fröhliche und sonnige Tage!

Ihr



Ingbert Liebing, MdB



Gruppenbild mit Kanzlerin: Nach dem Frühstück des Küstenkreises der Fraktion der norddeutschen CDU-Abgeordneten bei Dr. Angela Merkel. Liebing nutzte hier die Gelegenheit, um für die Position Schleswig-Holsteins für eine wirksamen Länderklausel bei CCS und für eine Nationale Küstenwache zu werben. Der Arbeitskreis Küste unterstützte einhellig die Kanzlerin bei der Energiepolitik mit schnellerem Umstieg in erneuerbare Energien. „Zwar war die Kanzlerin auf Krücken, aber gut drauf, es fand ein sehr offenes Gespräch statt“, so Liebing.

Foto: Bundesregierung

Küstenwache: Verwaltungsapparate blockieren – Reform der WSV

Nationale Küstenwache schaffen

Im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Bundesregierung ist das Ziel einer nationalen Küstenwache verankert. Der erste Schritt liegt zunächst in der Zusammenführung der beteiligten Bundesbehörden. Diesem Ziel sind wir bisher nicht ausreichend näher gekommen.

Bereits in der 15. Wahlperiode hatte die CDU/CSU-Fraktion aus der Opposition heraus einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, eine nationale Küstenwache zu schaffen. Immerhin gab es damals eine klare Positionierung der Fraktion. In der 16. Wahlperiode hatte die FDP aus der Opposition heraus Druck bei diesem Thema gemacht und einen Antrag im Bundestag gestellt, eine nationale Küstenwache zu schaffen. Beide Fraktionen bilden jetzt in der 17. Wahlperiode die Regierung und können das umsetzen, was sie in der Opposition gefordert und angekündigt hatten.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas für die Menschen an der Küste, die seit vielen Jahren auf eine verbesserte Sicherheitsstruktur warten, kann es sich die Koalition nicht erlauben, bei diesem Thema mit einer „Null-Lösung“ die Wahlperiode zu beenden. Deshalb hat sich Ingbert Liebing jetzt an die Fraktionsführung gewandt und mit der Kanzlerin gesprochen: „Wir brauchen nicht neue Arbeitskreise, sondern endlich Entscheidungen!“

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes steht vor Veränderungen. Welche kommen werden ist noch offen. An der Westküste betrifft es vor allem die Wasser- und Schifffahrtsämter in Tönning und Brunsbüttel.

Derzeit wird im zuständigen Bundesverkehrsministerium der Teil der Reform erarbeitet, der die eigentliche Neuorganisation der Verwaltung betrifft. Die Ausarbeitung des Konzepts, das bis Ende April 2011 vorgelegt werden soll, basiert auf einer zuvor erfolgten systematischen Kategorisierung der Wasserstraßen nach Gütermengen. Sobald das Konzept vorliegt, werden die Unions-Küstenparlamentarier zum wiederholten Male mit den Staatssekretären des Bundesverkehrsministeriums zusammentreffen, um die Vorschläge hinsichtlich der Auswirkungen auf die örtliche Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im Detail zu beraten.

Angesichts der angespannten Finanzlage, die die Ressorts zum Sparen verpflichtet, ist die Absicht des Bundesverkehrsministers grundsätzlich verständlich, die verfügbaren Finanzmittel nach nachvollziehbaren Kriterien zu vergeben und dort mit Vorrang einzusetzen, wo der Bedarf am größten und Konzentration sinnvoll ist. Es ist positiv zu bewerten, dass das Ministerium bereits von Beginn an der geplanten Reform den Austausch mit den norddeutschen Unionspolitikern gesucht hat. So konnte bereits abgesichert werden, dass es für Beunruhigung an der Küste keinen Grund gibt: Für die Seewasserstraßen und für die Hafenanbindungen wird sich so gut wie nichts ändern, denn der Bund wird auch in Zukunft die seewärtigen Hafenzufahrten sichern. Das Thema „Amrum Fahrwasser“ wird durch die Neuorganisation der WSV nicht berührt, bleibt aber ungelöst, da der Bund auch bisher keinen tidefreien Fährverkehr gewährleistet hat.

Bundeswehrstandorte möglichst erhalten

Für die Bundeswehrstandorte in Nordfriesland und Dithmarschen warb Liebing jetzt beim neuen Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière. Liebing wies während eines Gesprächs mit den schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten auf die Bedeutung der Bundeswehr an der Westküste hin, die gerade an der Küste eine wichtige Funktion im Katastrophenschutz hat. Der Verteidigungsminister hatte gegenüber den CDU-Abgeordneten die Rahmenbedingungen skizziert, in denen die Bundeswehrreform stattfindet. Dafür will er sich bis zu den Standortentscheidungen drei Monate mehr Zeit nehmen. Konzentration auf die Armee im Einsatz, Attraktivitätsprogramme zur Gewinnung des freiwilligen Nachwuchses, Auswirkungen auf den zivilen Bereich der Wehrverwaltung und Finanzierbarkeit erfordern noch genauere Untersuchungen. Liebing machte deutlich, dass eine in sich schlüssige Strategie bei der Umbildung der Bundeswehr von Nöten ist.

Eine Reform aus einem Guss, wie der neue Verteidigungsminister sie anstrebt, ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Aufgaben, die künftig von der Bundeswehr zu bewältigen sind, erstrebenswert. Liebing hofft, dass die Bundeswehr künftig weiterhin in der Fläche präsent bleibt und so wenig Standorte wie möglich geschlossen werden. Die jungen Menschen brauchen weitere Anreize, sich für die Bundeswehr als Arbeitgeber zu entscheiden. Dazu gehören ebenso berufsfördernde Maßnahmen nach der Zeit in der Bundeswehr wie heimatnahe Einsatzmöglichkeiten neben den Auslandseinsätzen.

ITB: Branche blickt zuversichtlich in die Zukunft



Bei der ITB am Stand des Internationalen Bustouristik Verbandes (RDA), von links: Christian Hirte, Mitglied der AG Tourismus der Unionsfraktion im Bundestag, Marlene Mortler, Vorsitzende der AG Tourismus der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, Dieter Gauf, Hauptgeschäftsführer des RDA, und Ingbert Liebing, Stellv. Vorsitzender der AG Tourismus im Bundestag.

Gemeinsam mit seinen beiden Fraktionskollegen, dem Vorsitzenden des Tourismusausschusses Klaus Brähmig, MdB, und der tourismuspolitischen Sprecherin Marlene Mortler, MdB, hatte Liebing auch ein Gespräch mit dem neuen ägyptischen Tourismusminister Mounir Fakhry Abdel-Nour geführt. Liebing zeigte sich beeindruckt, dass Ägypten auf der ITB die Revolution sofort offensiv in die Werbung aufgenommen hat. Während der ägyptische Minister um Unterstützung beim Wunsch nach Absenkung der Luftverkehrsabgabe

Internationale Tourismusbörse Berlin

Die deutsche Tourismusbranche hat sich im März stark und innovativ auf der ITB präsentiert. Der Tourismus in Deutschland ist gut durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Die Deutschen haben Zutrauen in die Zukunft und reisen wieder gern. Es ist gut, dass die Branche mit Optimismus nach vorn blicken kann.

Der erstmals gemeinsame Auftritt von Schleswig-Holstein und Hamburg ist ein Erfolg. Es ist gut, dass der Norden enger zusammen rückt. Dafür leistet die Landesmarketingorganisation TASH gute Arbeit. Es gibt keinen vernünftigen Grund, sie in Frage zu stellen. Die ITB hat ihre Notwendigkeit nochmals unterstrichen. Hierfür wird auch eine Grundfinanzierung des Landes unverzichtbar bleiben. Dies ist auch angesichts der verhaltenen Wachstumswahlen des schleswig-holsteinischen Tourismus umso wichtiger, damit das Land nicht gegenüber den Wettbewerbern in Deutschland zurückfällt.

Liebing hatte auf der ITB Gespräche mit der TASH, IHK, Tourismusverbänden und Ausstellern aus Schleswig-Holstein, aber auch gemeinsam mit Kollegen aus dem Tourismusausschuss die Stände anderer Bundesländer und anderer Nationen besucht sowie mit der DZT über die Perspektiven des Deutschlandmarketings im Ausland diskutiert.

für Flüge nach Ägypten warb, zeigte sich Liebing überzeugt, dass die Touristen am ehesten nach Ägypten zurückkehren, je früher Sicherheit und dauerhafte demokratische Reformen gesichert seien.

Ein Diskussionsthema auf der ITB war natürlich auch der reduzierte Mehrwertsteuersatz und der von der FDP angekündigte Vorstoß, die Reduzierung wieder aufzuheben. Liebing steht weiterhin zur Mehrwertsteuersenkung, denn sie hat zu einem wesentlichen Teil zum Boom im Tourismus in Deutschland beigetragen, eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Beherbergungsbetriebe gegenüber denen anderer EU-Staaten erreicht und die Stärkung von Innovationen in den Betrieben und sinkende Preise für die Gäste bewirkt. Die Branche hat Wort gehalten: Bisher wurden 860 Millionen Euro investiert und 6.200 Arbeitsplätze geschaffen. Jedes dritte Hotel hat seine Preise um durchschnittlich 6,5 Prozent gesenkt.

Wenn jetzt die gerade vor einem Jahr eingeführte Regelung rückgängig gemacht würde, wären all die Betriebe die Leidtragenden, die im Vertrauen auf die Regelung investiert und Kredite aufgenommen haben. Es ist zu befürchten, dass zahlreiche Unternehmen dann diese Kredite nicht mehr bedienen könnten und in die Insolvenz getrieben würden. Gerade für das Tourismusland Schleswig-Holstein ist diese Maßnahme ein Vorteil, da mehr Geld im Land bleibt und hier investiert wird.

Libyen zeigt: keine einfachen Antworten beim arabischen Umbruch

Man könnte an eine verkehrte Welt glauben: Im Bundestag machen Grüne Druck für Militäreinsätze, während die Union diesen Weg nicht gehen will. Und doch gibt es gute Gründe, wenn auch moralische Überlegungen und verantwortliches Handeln keine leichten Antworten geben können.

Einerseits ist unstrittig, dass mit Muammar al Gaddafi in Tripolis ein brutaler Machthaber regiert, der sich mit äußerster Gewalt gegen das eigene Volk an der Macht hält. Leidtragender ist die Zivilbevölkerung. Um sie zu schützen, hat der UN-Sicherheitsrat eine Flugverbotszone verhängt und Militärmaßnahmen gebilligt, um diese Flugverbotszone durchzusetzen.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Frage enthalten. Eine Entscheidung, über die auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion strittig diskutiert wurde.

Ingbert Liebing: „Zunächst hatte ich diese Enthaltung auch nicht verstanden. Mir wäre eine klare Positionierung mit Zustimmung lieber gewesen. Allerdings kann ich die Argumente, die insbesondere Verteidigungsminister Thomas de Maizière in der Fraktion vorgetragen hat, nachvollziehen. Die militärischen Maßnahmen sind zu schnell und übereilt ergriffen worden und nicht zu Ende gedacht. Was ist das Ziel dieses Militäreinsatzes? Gemäß UN-Resolution nicht der Sturz von Gaddafi. Will man jedoch die Zivilbevölkerung tatsächlich dauerhaft schützen, kommt man um den Sturz von Gaddafi nicht herum. Dies wird allein mit Luftschlägen nicht

erreichbar sein. Der Ablauf der bisherigen Militäraktionen zeigt, dass es ein längeres und schwierigeres Unterfangen sein wird, als zunächst angenommen. Dies hat jüngst auch NATO-Generalsekretär Rasmussen festgestellt. Wenn man aber Soldaten in einen Krieg schickt, gebietet es die Verantwortung, sich dieser Folgen von Anfang an bewusst zu sein. Dies ist jedoch bei unseren Partnern im Fall Libyen offensichtlich nicht der Fall gewesen.“

Wenig konsequent scheint auch die Entscheidung zu sein, gerade in Libyen einzugreifen. Hätten die Vereinten Nationen und die NATO die gleiche Entscheidung getroffen, wenn in Ägypten das Militär nicht so besonnen reagiert hätte? Wohl kaum. Und was ist mit dem Jemen, und mit Syrien, wo ähnlich brutal die Bevölkerung unterdrückt wird? Und in Bahrain schaut die westliche Welt sogar mit Wohlwollen zu, wenn saudische Truppen eingreifen, um die Unruhe der Schiiten zu unterdrücken, weil hier die Sorge überwiegt, Bahrain könnte ins Fahrwasser des Iran geraten.

Dies alles zeigt nochmals, dass es in der arabischen Welt keine leichten Antworten gibt. Vor allem sollten wir uns davor hüten, dass der Eindruck entsteht, der Westen wolle nur eigene Ziele verfolgen. Dies könnte in dieser schwierigen Region eher dem islamischen Fundamentalismus helfen. Gerade deshalb ist es bedauerlich, dass die Arabische Liga, die im Falle Libyens zunächst das Flugverbot gefordert hatte, sich jetzt nicht an der Durchsetzung beteiligt.

CCS: Endlich Gesetzentwurf mit wirksamer Länderklausel

Das Bundeskabinett hat endlich nach langem Ringen den Entwurf für ein nationales CCS-Gesetz beschlossen. Der Entwurf, der nun in das parlamentarische Verfahren geht, enthält die von uns geforderte wirksame Länderklausel. Es ist die Formulierung, auf die sich die schleswig-holsteinische Landesregierung und das Bundesumweltministerium geeinigt hatten.

Damit kann gewährleistet werden, dass die Bundesländer eigenständig über den Einsatz der CCS-Technologie auf ihrem Landesgebiet entscheiden. Schleswig-Holstein erhält so die Möglichkeit, die unterirdische Speicherung von Co2 auf seinem Landesgebiet wirksam auszuschließen.

Das sind gute Nachrichten für die Menschen in Nordfriesland, die von einem Einsatz der bislang

nur unzureichend erforschten Technologie betroffen gewesen wären. Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts kommt es nun zunächst auf das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag an.

Es gilt jetzt dafür zu sorgen, dass die erreichte Länderklausel nicht im weiteren Verfahren verwässert wird. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes wird es darauf ankommen, die Länderklausel für Schleswig-Holstein in einem Landesgesetz festzuschreiben.

Zwar gibt es weitere Kritikpunkte, die durch den jetzigen Gesetzentwurf noch nicht erledigt sind. Diese stehen aber zurück, wenn es bei der jetzigen Formulierung einer wirksamen Länderklausel bleibt.

Euro-Rettung liegt im deutschen Interesse

Stabilität des Euro auch für unsere Wirtschaft sichern

Keine leichte Entscheidung: Über 20 Mrd. Euro wird die Bundesregierung an neuen Schulden aufnehmen müssen, die für den dauerhaften Stabilisierungsmechanismus des Euro eingesetzt werden. Dabei handelt es sich um eine Kapitaleinlage, die nicht angegriffen wird, aber dazu dient, dem neuen Stabilisierungsfonds bessere Kreditkonditionen auf dem Kapitalmarkt zu ermöglichen. Aber es stimmt auch, dass damit erstmalig nicht nur Bürgschaften und Sicherheiten im Rahmen der Euro-Rettung gewährt werden, sondern echtes Geld mobilisiert wird.

Auch über diese Entscheidung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion strittig diskutiert. Zwei Positionen stehen sich gegenüber. Eine Minderheit vertritt die Auffassung, dass alle diese Rettungsmaßnahmen für den Euro ohnehin vergebliche Liebesmüh seien, die kritischen Staaten Griechenland, Irland und jetzt Portugal seien nicht sanierungsfähig. Man solle lieber einen Schnitt machen, diese Staaten in die Insolvenz treiben. Ingbert Liebing hat mit der Mehrheit der Bundestagsfraktion eine andere Position bezogen. Mit den deutschen Beiträgen werden nicht die anderen Staaten unterstützt, sondern die eigene Währung stabilisiert. Würden diese Maßnahmen nicht ergriffen, würden nicht nur die jeweiligen Staaten in Turbulenzen geraten, sondern Deutschland mit. Auch deutsche Unternehmen, Banken und andere Anleger, würden ihr Geld verlieren – mit allen unabsehbaren Folgen für die deutsche Wirtschaft. Es wäre wie bei der bewusst herbei geführten Pleite der amerikanischen Großbank Lehman Brothers: Eine Entscheidung, die heute jeder Sachverständige für falsch hält und letztlich die weltweite Finanzkrise erst richtig befeuert hat.

Würden einzelne Staaten der Eurozone in die Insolvenz geraten, wäre das Vertrauen in die gesamte Eurozone erschüttert. Auch dies kann nicht in unserem deutschen Interesse liegen.

Oftmals wird über die „Krise des Euro“ gesprochen. Diese Bezeichnung ist im Grunde genommen nicht passend. Es handelt sich nicht um die Krise einer Währung, sondern um die Krise überschuldeter Staaten. Und dies muss auch die Konsequenz für uns in Deutschland sein: Staatsverschuldung ohne Grenzen gefährdet alles. Deshalb ist es so wichtig, dass die mit der Schuldenbremse in den Verfassungen zugesagte Haushaltskonsolidierung auch tatsächlich umgesetzt wird. Dies ist ein schwerer Weg, aber allemal sinnvoller als die sehr spät kommenden Rettungsmaßnahmen, die wir jetzt im Zusammenhang mit anderen Ländern treffen müssen.

Drei wichtige Elemente hat das Maßnahmenpaket :

1. **Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.** In Zukunft werden die Euroländer einen verbindlichen Pfad hin zu einem ausgeglichenen Haushalt zu akzeptieren haben. Sanktionen bei Regelverstößen werden schneller verhängt; Mitgliedsstaaten mit einer Schuldenquote von über 60 Prozent des BIP sind künftig verpflichtet, jährlich 1/20 des über dieser Grenze liegenden Teils der Quote abzubauen.
2. Ziel des **Euro-Plus-Paktes** ist es, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu verbessern. Die am Pakt beteiligten Staaten werden künftig jährlich gemeinsame Ziele vereinbaren, die dann konkrete nationale Verpflichtungen nach sich ziehen. Folgende Politikbereiche sind dabei vordringlich: Lohnpolitik, die Förderung von Beschäftigung, die Verbesserung der öffentlichen Finanzen durch Strukturreformen in den Sozialen Sicherungssystemen und Umsetzung von Schuldenbremsen
3. **Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)** ist ein Regelwerk für den Fall einer Staatsschuldenkrise. Ein zentrales deutsches Anliegen hierbei war, die Stabilität des Euro zu gewährleisten. Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte ist eine von Europäischer Kommission, IWF und EZB durchgeführte Untersuchung der Schuldentragfähigkeit des Antragstellers. Solidarität gibt es nur gegen entsprechende Eigenanstrengungen des betroffenen Landes, gegen weitreichende Reformen und die Kredite müssen verzinst zurückgezahlt werden. Auch die Beteiligung privater Gläubiger wird verpflichtend. Mit der konkreten Festlegung der Kapitalstruktur des ESM (700 Mrd. Euro, davon eingezahltes Kapital 80 Mrd Euro, abrufbares Kapital 620 Mrd Euro) wird die Kreditvergabekapazität von 500 Mrd. Euro mit einem Spitzen-Rating durch die Rating-Agenturen erreicht. Dies soll der Beruhigung der Märkte dienen. Durch die Bareinzahlung von 80 Mrd Euro, auf Deutschland entfallen hiervon 22 Mrd Euro, werden die Unzulänglichkeiten des bisherigen Rettungsschirms vermieden. Wenn der ESM sich am Markt Geld besorgt, wird dies nicht in die Verschuldung der Mitgliedstaaten eingerechnet. Der Kapitalstock wird über 5 Jahre in gleichen Raten aufgebaut. Bis zum Inkrafttreten des ESM wird die vereinbarte Darlehenskapazität des temporären Rettungsschirms in Höhe von 440 Mrd. Euro in vollem Umfang bereitgestellt. Diese Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Eurozone auf Dauer zu stabilisieren und für künftige Herausforderungen zu wappnen.

Kommunal relevant:

Feuerwehr-Führerschein

Der Feuerwehrführerschein kommt endlich – eine gute Nachricht für die ehrenamtlichen Feuerwehren und andere freiwillige Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz! Der Bundestag hat das entsprechende Straßenverkehrsgesetz geändert, und einen kostengünstigen Führerschein bis 7,5 Tonnen ermöglicht. Damit ist nun Rechtssicherheit für die ehrenamtlichen Einsatzfahrer hergestellt und verhindert hohe Kosten für die Kommunen, die ansonsten teure Prüfungen hätten bezahlen müssen.

Neuregelung Hartz IV

Eines der brennendsten Themen im kommunalen Bereich ist die angespannte Finanzlage der Kommunen. Die Koalition hat mit der Übernahme der Aufgabe „Grundsicherung im Alter“ durch den Bund die Kommunen um vier Milliarden Euro entlastet: Das größte Entlastungspaket für Kommunen, das es je gegeben hat. Im Kreis Nordfriesland wird es eine Entlastung von rund 5 Millionen Euro geben, in Dithmarschen sind es rund 4 Millionen Euro. Zusätzlich übernimmt der Bund mit dem Paket „Bildung

und Teilhabe“ Leistungen, die bisher die Kommunen finanziert haben.

Breitband

Ein schneller Internetzugang auch im ländlichen Bereich ist eines der wichtigsten Ziele der Koalition. Dabei ist der Weg strittig. Wirtschaftspolitiker setzen auf den Markt und auf zuge-

sagte Funklösungen. Liebing und vielen anderen Kollegen reicht das nicht. Damit sind Übertragungsraten von 16 bis 50 MB/sec. nicht leistbar. Alles andere ist aber technischer Stand von gestern. Sie fordern, die Breitbandversorgung als Universaldienstleistung verpflichtend für die Netzbetreiber vorzuschreiben.



Das Holsteiner Reitpferd ist weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannt; jetzt soll sein „Markenzeichen“, eine harmlose Brandkennzeichnung am Schenkel der Tiere, abgeschafft werden. Liebing überzeugte sich bei einer Vorführung des Schenkelbrandes bei Fohlen, durchgeführt von den Zuchtverbänden, davon, dass die Prozedur den Tieren nicht schadet. Im Bundestag setzt er sich für den Erhalt des traditionsreichen Brandes ein, die alternative Kennzeichnung mit einem Transponder unter der Haut der Tiere ist nicht ohne Gefahren und außerdem leicht manipulierbar.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

